

Preise in der Euro-Zone fallen trotz Geldschwemme

Die Europäische Zentralbank peilt eine Inflationsrate von zwei Prozent an. Doch nun fallen die Preise in Europa plötzlich. Setzt sich der Trend fort, könnte das böse Folgen für die Wirtschaft haben.



Foto: dpa Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), hofft auf eine Entspannung an den Finanzmärkten

Trotz der großen Geldflut der Europäischen Zentralbank (EZB) fallen die Preise in der Euro-Zone. Sie sanken im September um 0,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat, wie das Europäische Statistikamt am Mittwoch in Brüssel mitteilte.

Im August lag die Teuerungsrate in den 19 Euro-Ländern bei 0,1 Prozent. Insbesondere die um 8,9 Prozent gesunkenen Energiekosten drückten die Inflationsrate im September weiter in den Keller.

Der Sinkflug der Preise in der Euro-Zone liefert Befürwortern größerer Geldspritzen der [EZB](#) Argumente an die Hand. Denn die Notenbank ist meilenweit von ihrem Ziel einer Inflationsrate von knapp zwei Prozent entfernt.

Preisrutsch kann Wirtschaft lähmen

Dieser Wert gilt als ideal für die Entwicklung der Wirtschaft. Negative Inflationsraten lassen hingegen die Alarmglocken bei vielen Währungshütern schrillen: Sie wollen auf jeden Fall einen Preisrutsch auf breiter Front verhindern, der eine Wirtschaft lähmen kann.

Verbraucher halten sich dabei in Erwartung immer weiter sinkender Preise zurück, Löhne sinken und Investitionen geraten ins Stocken. Die EZB will es nicht so weit kommen lassen und pumpt seit März massiv Geld in das Finanzsystem.

Das bis September 2016 laufende [Programm zum Ankauf von Staatsanleihen](#) und weiteren Wertpapieren soll einen Umfang von 1,14 Billionen Euro haben. Viele Fachleute rechnen angesichts der Preisentwicklung damit, dass EZB-Chef Mario Draghi die Dosis der monatlichen Geldspritzen binnen sechs Monaten von derzeit 60 auf bis zu 80 Milliarden Euro erhöhen wird.

EZB senkt ihre Inflationsprognose

Die EZB rechnet mit einer weiteren Abkühlung der chinesischen Wirtschaft und negativen Auswirkungen auf andere Länder. Johannes Mayr, Volkswirt von der BayernLB, schätzt die Lage ein.